

Normal-Unfallverhütungsvorschriften für die Deutschen Bauwerks-Berufsgenossenschaften.

Der Verband der Deutschen Bauwerks-Berufsgenossenschaften zu Berlin hat jetzt die seit 2 Jahren bearbeiteten Normal-Unfallverhütungsvorschriften herausgegeben, die den einzelnen Bauwerks-Berufsgenossenschaften als Unterlage für die Aufstellung ihrer eigenen Unfallverhütungsvorschriften dienen sollen. Diese Normalvorschriften sind unter der Mitarbeit fast aller in den Bauwerks-Berufsgenossenschaften vereinigten bausewerblischen Kreise zustande gekommen.

In vieler Beziehung bieten die Normal-Unfallverhütungsvorschriften einschneidende Neuerungen. So enthalten sie bestimmte Vorschläge über das Tragen der Kosten der Unfallverhütungseinrichtungen. Diese soll im allgemeinen der Bauherr tragen und der Unternehmer dafür eine besondere Summe in Rechnung stellen. Wenn die einzelnen Unternehmer der Dacharbeiten nicht selbst ihre Schutzgerüste liefern können, so soll das als Schutzgerüst auszubauende Stand- oder Leitergerüst oder das besonders hergestellte Schutzgerüst stehen bleiben, bis alle Arbeiten über Dach beendet sind. Auch für dieses Vorhalten sollen die Kosten besonders ausgeworfen werden. Weiter wird angeregt, möglichst dahin zu wirken, daß in jedem größeren Betriebe für die erste Hilfeleistung bei Unfällen eine dem Umfang und der Art des Betriebes entsprechende Anzahl sachgemäß vorgebildeter Helfer vorhanden ist.

Mit Rücksicht auf den § 913 der Reichsversicherungsordnung vom 1. Januar 1913 ist eine Vorschrift aufgenommen worden, nach der der Betriebsunternehmer auf Betriebsleiter, Aufsichtspersonen und andere Angestellte des Betriebes die Pflichten übertragen können, die ihnen die Unfallverhütungsvorschriften auferlegen. Diese Übertragung ist in einer schriftlichen Erklärung festzulegen, die Namen, Stand und Wohnung des Verpflichteten enthalten muß. Auch § 848 Abs. 4 der Reichsversicherungsordnung hat Berücksichtigung gefunden; demnach müssen in solchen Betrieben, in denen mehr als 25 fremdsprachige Arbeiter (Polen, Italiener usw.) beschäftigt werden, die Unfallverhütungsvorschriften in der betreffenden fremden Sprache schriftlich bekanntgegeben werden. Auch die Strafbestimmungen für die Betriebsunternehmer und die versicherten Arbeiter mußten der neuen Gesetzgebung entsprechend geändert werden.

Die Fortschritte der Technik haben Ausdruck gefunden, indem eingehende Vorschriften über die Arbeiten in der Nähe elektrischer Freileitungen aufgenommen wurden. Diese Vorschriften sagen im wesentlichen, daß in der Nähe von ungesicherten Starkstromleitungen weder gearbeitet werden darf, noch Gerüste aufgestellt werden dürfen; auch wird den Bauarbeitern jegliche Arbeit an solchen Freileitungen untersagt. Eine weitere Neuerung ist in den umfassenden Vorschriften über Beton-, Steineisen- und Eisenbetonarbeiten zu erblicken. Diese neuen Vorschriften enthalten ausführliche Bestimmungen über die Beaufsichtigung der Betonarbeiten, das Einschalen, die Fristen bis zur Ausschalung, die Beschaffenheit und Anordnung der Unterstützungen, das Ausschalen usw.

Eine besondere Ausarbeitung haben weiter die Bestimmungen über Arbeiten an und auf Dächern erfahren. Bei Arbeiten an Dächern über 20° Neigung

und einer Traufhöhe von mehr als 3 m über dem Boden sollen Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden, in erster Linie ein Schutzgerüst, das die Traufkante um wenigstens 60 cm in wagerechter und deren Schutzrand die Traufkante in lotrechter Richtung um wenigstens 80 cm überragen soll. Vorhandene Baugerüste oder Leitergerüste müssen so ausgebaut werden, daß sie dem besonderen Dachdeckerschutzgerüst genau entsprechen. Bei geknickten Dächern (Mansardendächern) soll ein Schutzgerüst vorhanden sein, wenn das Dach steiler als 30° ist.

Über das Anseilen der Dacharbeiter wird vorgeschrieben, daß bei flachen Dächern bis zu 20° Neigung nur die an den Dachkanten beschäftigten Arbeiter angeseilt werden müssen. Bei geschälten Dächern ist Anseilen erforderlich, wenn das Dach steiler als 45° ist, für gelattete Dächer erst bei einer Neigung von mehr als 60°.

Eine Neuerung enthalten die Bestimmungen über das Anbringen von Dachhaken und Aussteigeöffnungen. Die Dachhaken dürfen in wagerechter Richtung nicht über 2 m, und in der Richtung der Dachneigung gemessen, nicht über 4 m voneinander entfernt sein. Die Dachhaken müssen aus verzinktem Schmiedeeisen bestehen und einen Querschnitt von 210 qmm haben und 625 Gramm schwer sein; sie müssen mit der Dachkonstruktion sicher verbunden oder als Hängehaken in die Schalbretter oder über die Dachlatten mit einem doppelten Haken gehängt und an der Latte außerdem mit einem Nagel oder einer Schraube befestigt werden. Weiter wird vorgeschlagen, an allen Dächern entsprechende Aussteigeöffnungen anzubringen.

Die Bestimmungen über Brunnen-, Baugruben- und Kanalarbeiten sind nach der Arbeitsausführung gegliedert und sehr ausführlich behandelt worden, weil im Brunnenbaugewerbe doch häufig schwere Unfälle vorkommen.

Die Vorschriften für den Bau von Fabrik-schornsteinen regeln die Stärke der Steigeisen und ihre Anbringung, das Vorhalten von Schutzgerüsten und Schutzabdeckungen unter den Arbeitsrüstungen, die Beschaffenheit der Aufzugseinrichtung (Galgen) und das Besteigen der Schornsteine.

Die Vorschriften selbst sind in zwei Teile gegliedert, die Vorschriften für Unternehmer und die Vorschriften für Versicherte und Selbstversicherte, die später auch in den Bauten und Werkplätzen in Plakatform ausgehängt werden müssen.

Die Normal-Unfallverhütungsvorschriften haben selbstverständlich keine gesetzliche Geltung, sondern sollen den Bauwerks-Berufsgenossenschaften als eine einheitliche Grundlage und möglichst einzuhaltende Richtschnur für die Aufstellung ihrer eigenen Unfallverhütungsvorschriften dienen. Deshalb sind auch solche Punkte, in denen die landesüblichen Bauweisen der verschiedenen Gegenden erheblich voneinander abweichen, nicht mit aufgenommen worden.

A. Bachmann.



Einwirkung von Fetten und Ölen auf Beton.

Erdöle wirken auf erhärteten Beton nicht schädlich ein. Einen nachteiligen Einfluß äußern die fetten, das sind alle tierischen und pflanzlichen Öle. Es verbindet sich in diesem Falle der Kalk des Zements mit den Fettsäuren der Öle zu fettsauren Kalkseifen, und es tritt ein Erweichen des Betons ein. Demnach ist nicht das Fett

als solches, sondern der Gehalt der Säure bzw. die Fähigkeit, Säure zu bilden, von schädlichem Einfluß. Besonders auf mager genähten Beton, zu dem mehr als 3 Teile Sand auf 1 Teil Zement verwendet werden, ist die Einwirkung der fetten Öle sehr schädlich, während bei fetten Mischungen, 1:1 und reinem Zement, die Beanspruchung nicht so stark in Erscheinung tritt. Dieser Umstand wird um so mehr begünstigt, je länger der betreffende Beton vor der Einwirkung der Öle an der Luft gestanden und sich an der Oberfläche kohlenaurer Kalk gebildet hat.

Zum Schutze von Betonteilen, die mit fetten Ölen in Berührung kommen, hat man bisher vielfach einen Anstrich mit Leinöl angewendet. Auch Kesslersche Fluate sind zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit als Anstrichmittel empfohlen worden. Wo es sich jedoch darum gehandelt hat, dünnwandige Behälter aus Beton zur Aufbewahrung leichtflüssiger Öle zu verwenden, hat man als sicherstes Mittel zu einer Auskleidung mit Bleiplatten gegriffen.

Neuerdings hat sich erwiesen, daß der mit einem Zusatz von Puzzolan und Traß hergestellte Beton eine höhere Widerstandsfähigkeit gegen Öl- und Fettsäuren besitzt. Die Wirkung ist dadurch erklärlich, daß Puzzolan sowohl wie Traß sich mit dem freien Kalk des Zementes innig verbinden und ein Verfehlen dieses mit Öl- und Fettsäuren dann nicht stattfinden kann. Eingehende wissenschaftliche Versuche haben genauen Aufschluß über die Widerstandsfähigkeit des mit Zuschlägen von Puzzolan und Traß hergestellten Betons ergeben. Zur Durchführung der Versuche waren Probekörper aus der Mischung 1:3 nach Gewichtsteilen hergestellt worden. Bei einer Versuchsreihe war zur Herstellung der Probekörper nur Normalsand, bei einer zweiten $\frac{1}{2}$ Normalsand und $\frac{1}{2}$ fein gepulverter Puzzolansand und bei einer anderen $\frac{1}{4}$ Normalsand und $\frac{3}{4}$ Puzzolansand verwendet. Die Prüflinge bewahrte man 1 Tag an der Luft auf und legte sie dann in Wasser. Nach 4 Monaten wurden Versuchskörper in reinem Olivenöl, nach 7 Monaten solche in ranzigem Olivenöl gelegt und dort etwa 20 Monate belassen.

Das Ergebnis der Versuche war folgendes: In dem Behälter mit reinem Olivenöl war die Oberschicht ungetrieht, in demjenigen mit ranzigem Olivenöl fand sich eine leicht schillernde Schwimmschicht. Die ohne Zuschlag von Puzzolan hergestellten Probekörper waren in beiden Ölbehältern von einer schleimigen Haut umgeben, die in dem Behälter mit ranzigem Öl eine klebrige Beschaffenheit zeigte. In dem Behälter mit ranzigem Öl war der seifige Überzug am stärksten. Die mit $\frac{1}{2}$ Puzzolanzuschlag angefertigten Körper waren weniger von der seifigen Masse bedeckt, die in reinem Olivenöl aufbewahrten ließen nur geringe Mengen der seifigen Umhüllung erkennen, und die mit $\frac{1}{4}$ Puzzolan hergestellten Prüflinge zeigten keinerlei Spuren von Verseifung.

Aus den Erfahrungen dieser Versuche die nötigen Schlüsse zu ziehen, sei der Betonbautechnik angelegentlich empfohlen. In der Praxis bietet sich die Anwendung viel öfter, als man anzunehmen geneigt ist.

Lindig.



Verschiedenes.

Verbands-, Vereins- usw. Angelegenheiten.

Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe.
In einem Tätigkeitsbericht schildert der D. A. f. d. B.

die im verflochtenen Jahre geleistete Arbeit. Er schildert zunächst die persönlichen Angelegenheiten und weist darauf hin, daß das Amt des ersten Vorsitzenden durch den Tod des Kgl. Sächsischen Baurats Otto Enke seit 9. Juli 1913 verwaist ist. Seit dieser Zeit hatte Herr Architekt und Maurermeister Behrens-Hannover die Leitung des Bundes. Dem Vorstand steht ein geschäftsführender Ausschuß zur Seite. Zur Förderung und besonders eingehenden Bearbeitung der zurzeit wichtigsten Beratungsgegenstände, der Organisationsfragen und wirtschaftlichen Fragen hat der geschäftsführende Ausschuß aus seinen Mitgliedern Ende Oktober 1913 einen Organisations- und einen wirtschaftlichen Ausschuß gebildet. In dem Bericht wird dann weiter auf die im Jahre 1913 abgeschlossenen Tarifverträge und die damit verbundenen Arbeiten sowie die Schwierigkeiten beim Abschluß der neuen Bezirks- und Ortsverträge hingewiesen. Über die Verhandlungen ist an dieser Stelle schon seinerzeit berichtet worden. In Verfolg der Organisationsbestrebungen ist im Jahre 1911 der Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände gegründet worden. In ihm steht der D. A. f. d. B. an erster Stelle. Der Reichsbund hat gegenwärtig rund 55 000 Mitglieder, bei denen rund 600 000 Arbeiter mit einer Jahreslohnsomme von rund 700 Millionen Mark beschäftigt werden. Der Reichsbund bezweckt einen weitgehenden Zusammenschluß mit den Baunebengewerben und sucht die Gründung von Orts- und Bezirksverbänden zu fördern. Mit den Bauarbeitgeberorganisationen der Nachbarstaaten Schweiz, Österreich, Ungarn, Belgien, Dänemark, Schweden und Norwegen steht der Bund auch seit 1913 im Kartellverhältnis. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet ist der Bund nicht untätig gewesen und hat den großen wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart in Gemeinschaft mit anderen gleichen Ziele verfolgenden Verbänden sein Interesse zugewandt. In der Frage der Arbeitslosenversicherung hat sich der D. A. f. d. B. energisch gegen deren Einführung ausgesprochen, wobei er hervorhob, daß diese eine neue ungeheure Belastung der Arbeitgeber und eine Stärkung der Macht der Sozialdemokratie bedeuten würde. Eine entsprechende Eingabe hatte der Bund an den Reichstag und den Bundesrat gerichtet. Seinen bisher in dieser Frage eingenommenen Standpunkt wird der Bund auch weiterhin energisch vertreten. Mit dem Deutschen Polierbund steht er wegen eines Vertrages, der aber kein Tarifvertrag ist, in Unterhandlungen. Der D. A. f. d. B. umfaßte im Jahre 1913 31 Bezirksverbände mit 597 Ortsverbänden; ferner gehörten ihm 11 Einzelortsverbände an. Insgesamt betrug die Mitgliederzahl 13 957 Beitragspflichtige und 5371 nicht Beitragspflichtige, also zusammen 19 328. Die beitragspflichtige Lohnsumme betrug 377 Millionen Mark. Diese Zahlen haben für das Jahr 1914 eine Verschlechterung erfahren, und zwar gehören dem Bunde jetzt an 31 Bezirksverbände mit 556 Ortsverbänden. Einzelortsverbände bestehen 9. Die Zahl der Mitglieder beträgt 12 933 beitragspflichtige und 4700 nicht beitragspflichtige, also zusammen 17 633. Die Jahreslohnsomme beträgt 374 Millionen Mark. Den Rückgang führt der Bund u. a. auf die überaus schlechte Konjunktur des Jahres 1913 zurück, dann aber auch auf die Auflösung kleinerer Bangeschäfte und das Zunehmen größerer Betriebe, wie das ja auch die amtlichen Berufszählungen ergeben haben. Auch die Unzufriedenheit über die in den Tarifverträgen fest-

gesetzten erheblichen Lohnerhöhungen dürfte eine größere Anzahl Bundesmitglieder zum Austritt veranlaßt haben. Daß übrigens bedeutendere Betriebe aus dem Bunde nicht ausgetreten sind, ergibt sich, wie der Tätigkeitsbericht mit Recht hervorhebt, aus der fast unverändert gebliebenen Gesamtlohnsumme. Sache der Bezirks- und Ortsverbände wird es sein, die verlorenen Mitglieder wieder zurück- und neue dazuzugewinnen.

Die Entwicklung der Arbeiterorganisationen hat sich nach dem „Grundstein“ nicht aufwärts, sondern abwärts bewegt. Der Deutsche Bauarbeiterverband hatte zum Schluß des dritten Vierteljahrs 1913 18 000 Mitglieder weniger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Der Mitgliederstand des Zentralverbandes der Zimmerer war Ende 1913 um 2161 geringer als Ende 1912, und auch der Christliche Bauarbeiterverband hatte Ende des dritten Vierteljahrs 1913 rund 800 Mitglieder weniger zu verzeichnen als zur gleichen Zeit des Jahres 1912.

Zentralstelle für künstlerische Wettbewerbe. Die Errichtung einer solchen Zentralstelle ist auf Anregung des Bundes deutscher Architekten von den führenden Verbänden der bildenden Künstler beschlossen worden und sie wird im April in Kraft treten. Aufgabe der Zentralstelle wird es sein, die Durchführung der neu geregelten Wettbewerbsbestimmungen zu übernehmen und das geistige Eigentum der Künstler nachdrücklicher, als es bisher geschehen konnte, zu schützen.

Abschluß der Tarifverträge durch die Zentralinstanzen. Das Kartell der Arbeitgeberverbände in den Baugewerben Großberlins hat in seiner letzten Sitzung u. a. beschlossen: „Die 7. Hauptversammlung des Kartells hält es für dringend erforderlich, daß die Ende März 1916 ablaufenden Tarifverträge der einzelnen Verbände nicht mehr von diesen, sondern von dem Kartell für die Unterverbände abgeschlossen werden. Die Unterverbände werden ersucht, hierzu Stellung zu nehmen und bis Oktober 1914 dem Kartell von ihren Beschlüssen Kenntnis zu geben.“

Techniker als Bürgermeister. Die Stadt Heidelberg hatte, wie schon in Nr. 9 der „Ostd. Bau-Ztg.“ berichtet, die Stelle eines ersten Bürgermeisters zu besetzen und auch Techniker zur Bewerbung zugelassen. Einem Techniker ist die Stelle nun nicht zugefallen, sondern dem bisherigen zweiten Bürgermeister Wieland. Der nun freiwerdende Posten des zweiten Bürgermeisters soll jedoch mit einem Techniker besetzt werden.

Wettbewerb.

Berlin. Zur Erlangung von Entwürfen für Baulichkeiten in den deutschen Kolonien schreibt die Deutsche Kolonialgesellschaft unter allen im Heimatlande und in den Kolonien ansässigen Architekten reichsdeutscher Nationalität einen Wettbewerb mit Frist für einheimische Bewerber bis zum 15. Juni d. J. und für überseeische Bewerber bis zum 15. Juli d. J. aus. Es werden folgende Preise ausgesetzt: für das Krankenhaus in den Südsüd-Schutzgebieten ein 1. Preis von 1000 \mathcal{M} und ein 2. Preis von 500 \mathcal{M} , für das Regierungs-Stationsgebäude in Südwestafrika ein 1. Preis von 700 \mathcal{M} und ein 2. Preis von 350 \mathcal{M} , für das Wohnhaus in Kamerun ein 1. Preis von 500 \mathcal{M} und ein 2. Preis von 250 \mathcal{M} , und für das Wohnhaus in Ostafrika ein 1. Preis von 400 \mathcal{M} und ein 2. Preis von 200 \mathcal{M} . Das Preisrichteramt haben übernommen: Marinebaurat Böckmann, Kiel, Geheimer

Baurat J. Fischer, Berlin, Geheimer Baurat Professor Frentzen, Aachen, Geheimer Hofrat Professor Dr. A. von Oechelhaeuser, Karlsruhe, Oberbaurat Prof. Dr. Ostendorf, Karlsruhe, Landesbaurat a. D. Beigeordneter der Stadt Köln Rehorst, Köln, Geheimer Oberbaurat Saran, Berlin, und als Vertreter der Deutschen Kolonialgesellschaft Dr. R. Hindorf, Berlin, und Konsul a. D. Vohsen, Berlin. Die Wettbewerbsbedingungen und Programme sind vom Bureau der Deutschen Kolonialgesellschaft, Berlin W 35, Afrikahaus, Am Karlsbad 10, kostenfrei zu beziehen.

Magdeburg. Zur Erlangung von Entwürfen für eine Friedhofsanlage mit Krematorium in Magdeburg schreibt der Magistrat der Stadt Magdeburg für die in Deutschland ansässigen Architekten und Gartenkünstler einen Ideen-Wettbewerb mit Frist bis zum 1. September 1914 aus. Es sollen erteilt werden: ein 1. Preis von 6000 \mathcal{M} , ein 2. Preis von 4000 \mathcal{M} und zwei 3. Preise von je 2000 \mathcal{M} . Der Ankauf weiterer Entwürfe bleibt vorbehalten. Das Preisgericht besteht aus den Herren: Oberbürgermeister Reimarus, Magdeburg, Geheimer Baurat Stadtbaurat Peters, Magdeburg, Stadtrat Dr. Reichert, Magdeburg, Stadtverordneter Grape, Magdeburg, Stadtverordneter Herrmann, Magdeburg, Stadtverordneter Miller, Magdeburg, Gartendirektor Lincke, Magdeburg, Geheimer Baurat Stadtbaurat Hoffmann, Berlin, Stadtbaurat Dr. Grässel, München, Kgl. Hofgartendirektor Zehinger, Potsdam, und Stadtgartendirektor Harry Maab, Lübeck. Die Unterlagen für den Wettbewerb sind gegen Einsendung von 6 \mathcal{M} vom städtischen Hochbauamt zu beziehen, die bei Einreichung eines Entwurfs portofrei zurückgezahlt werden.

Baunufälle.

Königsberg i. Pr. An dem Neubau Altbogärter Predigerstraße Nr. 7 ist das Gerüst eingestürzt. Drei Arbeiter wurden mit in die Tiefe gerissen und schwer verletzt. Worauf der Unfall zurückzuführen ist, ist noch nicht festgestellt.

Bücherschau.

Deutsche Konkurrenzen. Verlag von Seemann u. Co. in Leipzig.

Heft 351: Rathaus in Bochum; Kleinhaus oder Mietkaserne? von Willy Krüger-Düsseldorf; Städt. Bauten in Rüstingen I.

Der Arbeitsmarkt im Monat Februar 1914.

Die Lage des gewerblichen Arbeitsmarktes hat sich nach dem „Reichsarbeitsblatt“ zwar für einige Saisongewerbe wie alljährlich um diese Zeit gebessert: für die Mehrzahl der großen Industriezweige war jedoch keine wesentliche Veränderung der in der Hauptsache nicht befriedigenden Lage zu bemerken. Das Baugewerbe war im allgemeinen noch nicht genügend beschäftigt; nur aus wenigen Orten wird bis jetzt eine Verbesserung gegen den Vormonat berichtet. An Arbeitskräften war nach wie vor ein Überangebot vorhanden.

Das Baugewerbe war im allgemeinen nach den an die Abteilung aus dem Gewerbe selbst eingegangenen Berichten noch schlecht beschäftigt, es wird jedoch aus Berlin, Kiel und Halle a. S. eine, wenn auch geringe Verbesserung gegen den Vormonat gemeldet. An Arbeitskräften bestand durchweg ein Überangebot.

Wie die „Tonindustrie-Zeitung“ der Abteilung mitteilt, bestehen sowohl in Nord- wie in Mitteldeutsch-

land günstige Aussichten, die in Kürze eine lohnende Beschäftigung erwarten lassen, wenn auch insbesondere im Norden ungünstige Witterungsverhältnisse die Aufnahme der Bautätigkeit im allgemeinen hinderten. Auch auf dem ostdeutschen Baumarkt verhinderte vielfach das anhaltende Frostwetter die Aufnahme der Bauarbeiten; an verschiedenen Stellen setzte jedoch insbesondere die öffentliche Bautätigkeit ein. Auch in Westdeutschland machte sich in verschiedenen Gebieten der Anfang einer Besserung der Verhältnisse des Baumarktes bemerkbar; an mehreren Orten kam neben der öffentlichen Bautätigkeit auch die private Baulust wieder auf. In Süddeutschland ließ sich fast überall ein Umschwung der allgemeinen Stimmung feststellen; vielfach hat man hier Neubauten in Angriff genommen.

Drei Arbeiterverbände des Baugewerbes mit 7069 Mitgliedern meldeten im Februar 18,8 v. H. Arbeitslose gegen 15,2 im Februar 1913.

Die bessere Witterung und der Wiederbeginn der Straßen- und Wegebauarbeiten belobte die Arbeit in den Steinbrüchen. Wie aus Westdeutschland berichtet wird, waren im allgemeinen Arbeitskräfte reichlich vorhanden, namentlich in den Brüchen in der Nähe größerer Gemeinden. Die Arbeitszeit betrug hier im allgemeinen rund neun Stunden. Der Verband Deutscher Steinbruch- und Steinmetzgeschäfte berichtet im besonderen, daß die Granitschleifereien wie in den letzten Jahren überhaupt schlecht beschäftigt waren. Vor allem am Hauptsitz der Granitschleifereien, im Fichtelgebirge, finden zurzeit Tarifverhandlungen statt. Die Beschäftigung in den Grabsteingeschäften wird als normal bezeichnet, wenn auch nach dem Bericht die Sparsamkeit des Publikums und die schärferen Friedhofsbedingungen die Lage nicht günstig beeinflussen. Gleichfalls war die Pflaster-, Schotter- und Bordsteinherstellung normal beschäftigt, wenn auch nicht so gut wie im Vorjahr. Die Konkurrenz schwedischer Materialien macht sich recht fühlbar.

Die Zementindustrie war, wie aus Nordwestdeutschland mitgeteilt wird, mit Rücksicht auf die Jahreszeit zufriedenstellend beschäftigt.

Die Lage in den Ziegeleien wird im allgemeinen als normal angegeben. Aus Oberschlesien wird jedoch im Zusammenhang mit der geringen Bautätigkeit ein unbefriedigender Geschäftsgang mitgeteilt.

In der Steingutfabrikation hat sich der Beschäftigungsgrad nach den Berichten eines sächsischen Großbetriebs gegen den Vormonat und gegen die gleiche Zeit des Vorjahrs weiter verringert. Ein westdeutscher Großbetrieb bezeichnet die Lage als eben ansprechend.

Aus den rheinischen und westfälischen Tafelglashütten wird mitgeteilt, daß der Auftragseingang für Fensterglas im Februar bedeutend geringer war als im Januar, wenn auch etwas besser als im Februar 1913.

Die Tapetenfabriken hatten im allgemeinen gut zu tun.

Die Dachpappenfabriken hatten sich vielfach einer Verbesserung des Geschäftsganges zu erfreuen, die auf den Beginn der Bautätigkeit zurückgeführt wird.

Die Sägewerke waren nach wie vor ungenügend beschäftigt und arbeiten vielfach mit verkürzter Arbeitszeit. Auch in der Holzpflasterfabrikation war die Lage im Zusammenhang mit der ungünstigen

Jahreszeit still. In der Jalousiefabrikation war der Geschäftsgang nach wie vor flau.

Im Baugewerbe kamen im Monat Februar 1914 auf 100 offene Stellen 429 Angebote männlicher und 200 Angebote weiblicher Arbeitskräfte gegen 923 bzw. 133 im Januar 1914 und 383 bzw. 78 im Februar 1913.

Tarif- und Streikbewegungen.

Zu den Tarifverhandlungen im Steinsetzergewerbe. Erklärung des Reichsverbandes für das Steinsetz-, Pflasterer- und Straßenbaugewerbe. In den letzten Wochen ist durch einen großen Teil der Presse eine Artikelserie gegangen, betitelt: „Ein sozialdemokratisches Arbeitsmonopol im Steinsetzergewerbe“. Dieser Artikel, der von einer Seite inspiriert ist, die mit den Verhältnissen innerhalb des Steinsetz-, Pflasterer- und Straßenbaugewerbes absolut nicht vertraut ist, enthält von A bis Z vollkommen unwahre, aus der Luft gegriffene und durch nichts zu beweisende Behauptungen. Wir erklären deshalb hierdurch: Es ist richtig, daß zwischen dem Reichsverband für das Steinsetz-, Pflasterer- und Straßenbaugewerbe (e. V.) und dem Verband der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands Verhandlungen schweben wegen Abschluß eines Reichstarifs; die Behauptung jedoch, es sei bereits ein Abkommen vorgesehen, daß nach Abschluß eines Reichstarifvertrages im ganzen Deutschen Reich kein Mitglied des Reichsverbandes mehr einen Arbeitnehmer beschäftigen dürfe, der nicht Mitglied des sozialdemokratischen Verbandes der Steinsetzer ist, weisen wir als jeder Begründung entbehrend hierdurch mit aller Entschiedenheit zurück.

Zuschriften an die Unparteiischen. Erklärung der Unparteiischen im „Eingangsamt“ am 15. März 1914, Nr. 3. In unserer Eigenschaft als unparteiische Vorsitzende der Haupttarifämter für das deutsche Baugewerbe und Malergewerbe erhalten wir häufig Zuschriften, in denen wir um Beantwortung von tarifvertraglichen Fragen gebeten werden. Es scheint uns bedenklich, solche Fragen einzeln zu beantworten, da solche Auskünfte den Entscheidungen der Haupttarifämter oder auch unserer eigenen Stellungnahme in diesen vorliegen würden. Von der Tatsache ausgehend, daß wir Mitglieder von Kollegialgerichten sind, bitten wir daher, Fragen, die sich auf die Auslegung der Reichstarifverträge im deutschen Bau- und Malergewerbe oder auf die von den Haupttarifämtern getroffenen Entscheidungen beziehen, an das betreffende Haupttarifamt, z. H. des Magistratsrats v. Schulz, Berlin, Gewerbezweig, Zimmerstraße, zu richten. Er wird in geeigneter Form eine Stellungnahme der Haupttarifämter oder auch ein solche der Unparteiischen herbeiführen. v. Schulz, Prenner, Rath.

Inhalt.

Normal-Unfallverhaltensvorschriften für die Deutschen Baugewerks-Berufsgenossenschaften. — Einwirkung von Fetten und Ölen auf Beton. — Verschiedenes.

Abbildungen.

- Blatt 97. Architekt (B. D. A.) Oskar Fischer in Hamburg: Landhaus in Voorde bei Kiel.
Blatt 98. Architekt Kurt Porsche in Lüdenscheid: Winzerhaus.
Blatt 99. Architekt Heinrich Behr in Elberfeld: Eingebautes Mietshaus mit viermal zwei Wohnungen.
Blatt 100. Architekt Ernst Neubauer in Adlershof: Scheune mit Quertenne.